

**Antragsbuch mit den Kommentierungen  
der Antragskommission  
für die Kreisdelegiertenversammlung  
am 26. September 2025**

# Inhaltsverzeichnis

## **L Anträge für den Landesparteitag** **1**

<b>1/11/2025</b>	<b>Abt. 7 - Schöneberg</b>	
1/11/2025 Wiedereinführung des „berlinpass“		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>1</b>
<b>2/11/2025</b>	<b>Abt. 7 - Schöneberg</b>	
2/11/2025 Gleichstellung des Frauensports im öffentlich-rechtlichen Rundfunk		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Kein Konsens)</i> . . . . .		<b>2</b>
<b>3/11/2025</b>	<b>Abt. 6 - Schöneberg-City</b>	
3/11/2025 Drogenkonsum im öffentlichen Raum – Mehr Konsumräume, Sozialarbeit und Anlaufstellen		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>3</b>
<b>4/11/2025</b>	<b>Abt. 6 - Schöneberg-City</b>	
4/11/2025 Öffentliche Toiletten – Maßnahmen bei Fremdnutzung		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>6</b>
<b>5/11/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
5/11/2025 Gewerberechtliche Kontrollen ausweiten		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>9</b>
<b>6/11/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
6/11/2025 Sauber, Berlin! Vermieter*innen in die Pflicht nehmen		
. . . . .		<b>10</b>
<b>7/11/2025</b>	<b>Abt. 1 - Tempelhof</b>	
7/11/2025 Refinanzierung des Tarifvertrags der AAPA (Arbeitsgemeinschaft behinderter Arbeitgeber mit Persönlicher Assistenz) über 2025 hinaus		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>11</b>

## **B Bezirksbezogene Anträge** **14**

<b>1/11/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
1/11/2025 Hitzeschutz in Außenbereichen von Ladengeschäften insbesondere in der Gastronomie		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>14</b>
<b>2/11/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
2/11/2025 Pfuhe an der Britzer Straße erhalten und dauerhaft sichern		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>15</b>
<b>3/11/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
3/11/2025 Leitlinien für die Parkraumbewirtschaftung erstellen und veröffentlichen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>16</b>

<b>4/II/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
4/II/2025 Infrastruktur für eine älter werdende Gesellschaft		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>18</b>
<b>5/II/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
5/II/2025 Folgen des Klimawandels für die Mariendorfer*innen erträglich machen		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>20</b>
<b>6/II/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
6/II/2025 Mobilitätsplan für ältere und mobilitätsbeeinträchtigte Menschen erarbeiten		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>21</b>
<b>7/II/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
7/II/2025 Mehr Kultur für Mariendorf		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>22</b>
<b>8/II/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
8/II/2025 Spielplatz Britzer Wiesen		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		<b>23</b>
<b>9/II/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
9/II/2025 Schattenspendende Bäume und Sprühnebel für Mariendorf		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>24</b>
<b>10/II/2025</b>	<b>Abt. 2 - Mariendorf</b>	
10/II/2025 Folgen des Klimawandels für öffentliche Grün- und Parkanlagen abmildern		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>25</b>
<b>11/II/2025</b>	<b>AK Sozialer Klimaschutz</b>	
11/II/2025 Einsatz eines Schadstoffmobils anlässlich der BSR-Kieztage		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>26</b>
<b>12/II/2025</b>	<b>AK Sozialer Klimaschutz</b>	
12/II/2025 Kiezoase – Soziale Klimaanpassung im Quartier		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i> . . . . .		<b>28</b>

**L Anträge für den Landesparteitag****Antrag 1/II/2025****Abt. 7 - Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Wiedereinführung des „berlinpass“****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Die Mitglieder der SPD-  
2 Abgeordnetenhausfraktion und die sozi-  
3 aldemokratischen Mitglieder des Berliner  
4 Senats werden aufgefordert, sich dafür  
5 einzusetzen, dass der „berlinpass“ für Leis-  
6 tungsempfänger:innen dauerhaft wieder  
7 eingeführt wird und der jetzige Zustand  
8 damit ein Ende findet.

9

**10 Begründung**

11 Nachdem 2023 das Berlin-Ticket-S als Ersatz  
12 für den „berlinpass“ eingeführt wurde und  
13 dieses nun auch nicht mehr weitergeführt  
14 werden soll, sind Leistungsempfänger:innen,  
15 die ermäßigt den öffentlichen Nahverkehr  
16 (ausgenommen den ermäßigten Einzelfahr-  
17 schein) und auch Schwimmbäder und ande-  
18 re Einrichtungen und Veranstaltungen ermä-  
19 ßigt nutzen möchten, verpflichtet, ihren Leis-  
20 tungsbescheid in Verbindung mit dem Perso-  
21 nalausweis bei sich zu tragen und ggf. vorzu-  
22 zeigen. Dies wird mit der einmaligen Ausstel-  
23 lung des „berlinpass“ überflüssig.

24 Verlängerungen müssen nicht im Bürgeramt  
25 getätigt werden. Hier kann das Jobcenter ei-  
26 nen entsprechend großen Abschnitt mit dem  
27 jeweiligen Bescheid mitschicken. Dieser Ab-  
28 schnitt beinhaltet die Gültigkeitsdauer und  
29 einen QR-Code mit dem Namen, der BG-  
30 Nummer und der Gültigkeitsdauer und wird  
31 vom entsprechenden Leistungsempfänger in  
32 den berlinpass eingeklebt.

33 Durch den QR-Code ist der Datenschutz gesi-  
34 chert und auch eine Fälschung faktisch aus-  
35 geschlossen.

36 Die Kosten für die Ausstellung sind geringer,  
37 als es beim Berlin-Ticket-S ist.

38 Die Verlängerung erfolgt vereinfacht und un-  
39 bürokratisch.

**Antrag 2/II/2025****Abt. 7 - Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommission (Kein Konsens)****Gleichstellung des Frauensports im öffentlich-rechtlichen Rundfunk**

1 Die Mitglieder der SPD-  
2 Abgeordnetenhausfraktion und die sozi-  
3 aldemokratischen Mitglieder des Berliner  
4 Senats werden aufgefordert, sich dafür  
5 einzusetzen, dass die Übertragungen von  
6 Sportwettkampfveranstaltungen der Frauen  
7 im öffentlich-rechtlichen Rundfunk denen  
8 der Männer gleichgestellt werden.

9

**10 Begründung**

11 In den öffentlich-rechtlichen Rundfunkan-  
12 stalten wird wesentlich mehr die Sportver-  
13 anstaltungen der Männer (v.a. Ballsportar-  
14 ten) berichtet. Während zum Beispiel über  
15 die Fußball-Bundesliga der Männer in drei  
16 Spielklassen ausführlich berichtet wird, wer-  
17 den im Frauenfußball nur sogenannte Spit-  
18 zenspiele übertragen. Es werden auch keine  
19 Tabellen gezeigt, um den Zuschauern die In-  
20 formationen über den Stand der Dinge zu ver-  
21 mitteln, wie es bei den Männern üblich ist.  
22 Dabei wächst die Fangemeinschaft des Frau-  
23 ensports seit Jahren.  
24 Gleichstellungspolitisch sollte der Frauen-  
25 sport im öffentlich-rechtlichen Rundfunk  
26 die gleiche Aufmerksamkeit und Würdigung  
27 durch eine professionelle Berichterstattung  
28 erfahren wie der Männersport.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des  
Rundfunkrates werden aufgefordert, sich  
dafür einzusetzen, dass die Übertragungen  
von Sportwettkampfveranstaltungen der  
Frauen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk  
denen der Männer gleichgestellt werden.

**Antrag 3/II/2025****Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Drogenkonsum im öffentlichen Raum – Mehr Konsumräume, Sozialarbeit und Anlaufstellen**

1 Drogenkonsum im Öffentlichen Raum ist täg-  
2 liche Realität in Berlin. Um Betroffenen mehr  
3 Unterstützung zu bieten und die Auswirkungen  
4 für Anwohnende besser einzudämmen,  
5 fordern wir die zuständigen Stellen auf, fol-  
6 gende Maßnahmen zu prüfen, fortzusetzen  
7 oder auszubauen:

8

**9 Mehr Drogenkonsummobile für Berlin**

10 Wir brauchen deutlich mehr Drogenkonsum-  
11 Mobile berlinweit. Langfristig sollte in jedem  
12 Bezirk mindestens eines einsetzbar sein, in-  
13 klusive begleitender Sozialarbeit.

14

15 Ein Drogenkonsummobil ermöglicht den  
16 hygienischen Konsum von mitgebrachten  
17 Substanzen unter medizinischer Beglei-  
18 tung. Es wird begleitet durch Sozialarbeit  
19 bzw. Beratungsangebote. Wir haben in  
20 Tempelhof-Schöneberg gute Erfahrungen  
21 mit dem Drogenkonsum-Mobil, beispielswei-  
22 se an der Apostel-Paulus-Kirche. Aufgrund  
23 der wenigen Mobile und geringer Kapazitä-  
24 ten wurde der Standort allerdings wieder  
25 aufgegeben.

26

27 Wir fordern daher zeitnah wieder ein  
28 Drogenkonsum-Mobil für Tempelhof-  
29 Schöneberg mit begleitender Sozialarbeit.

30

31 Insgesamt muss die mobile Street Work Ar-  
32 beit im Bereich Drogen auskömmlich finan-  
33 ziert und ausgebaut werden.

34

**35 Drogenkonsumräume ermöglichen**

36

37 Neben Drogenkonsum-Mobilen braucht es  
38 auch Drogenkonsumräume in Berlin. Die Mo-  
39 bile haben den Vorteil, flexibel auf örtliche  
40 Veränderungen reagieren zu können. Eigent-

41 lich sind feste Orte aber mindestens genau-  
42 so wichtig. Sozialarbeit und Beratung, aber  
43 auch ein zu Ruhe kommen der Suchterkrank-  
44 ten, was ihnen solche Angebote überhaupt  
45 erst möglich machen könnte, lassen sich am  
46 besten mit festem Standort und geeigne-  
47 ten Räumlichkeiten organisieren. Diese feh-  
48 len aber.

49

50 Anreize an private Vermieter\*innen, an sozia-  
51 le Träger als Drogenkonsumraum zu vermie-  
52 ten, sind eine Möglichkeit. Wir müssen aber  
53 auch die landeseigenen Wohnungsunterneh-  
54 men stärker in die Pflicht nehmen, ihre Ge-  
55 werbeflächen an solche Projekte zu vermie-  
56 ten.

57

#### 58 **Anlaufstellen an Bahnhöfen**

59 Drogenkonsum im öffentlichen Raum fin-  
60 det besonders viel rund um Bahnhöfe statt.  
61 Hier ist mit den zuständigen Stellen und  
62 Deutscher Bahn sowie BVG zu prüfen, ob es  
63 niedrigschwellige Anlaufstellen, Beratungs-  
64 angebote, Rückzugsräume oder gar Drogen-  
65 konsumräume (die mit Sozialarbeit begleitet  
66 sind) direkt in freien Räumen an Bahnhöfen  
67 ermöglichen kann.

68

#### 69 **Transparenz und Kommunikation für die** 70 **Nachbarschaften**

71 An Orten mit zunehmendem Drogenkonsum  
72 im öffentlichen Raum sollten die zuständi-  
73 gen Stellen immer schnell reagieren, auf Hin-  
74 weise von Anwohnenden eingehen und mög-  
75 lichst auch Transparenz über getroffene Maß-  
76 nahmen herstellen. Eine gute Kommunika-  
77 tion mit der Nachbarschaft beugt Konflik-  
78 ten vor und schafft Klarheit. Sei es durch  
79 Informationsschreiben oder das Angebot ei-  
80 ner Kiezversammlung: Die Menschen wollen  
81 ernst genommen werden in ihren Sorgen und  
82 gleichzeitig helfen Informationen, beispiels-  
83 weise durch Träger der Sozialarbeit, beim Ver-  
84 ständnis, welche Möglichkeiten und Grenzen  
85 es gibt, um mit Drogenkonsum im öffentli-  
86 chen Raum vor Ort umzugehen.

87

88 Mit diesen Angeboten kann es gelingen,  
89 dass Drogenkonsum weniger im öffentlichen

90 Raum mit all den bekannten Nutzungskon-  
91 flikten stattfindet und die Suchterkrankten  
92 mehr Unterstützung finden. Gleichzeitig sind  
93 natürlich auch **ordnungspolitische Maßnah-**  
94 **men oder auch eine verstärkte Reinigung** an  
95 Orten mit zunehmendem Drogenkonsum oft  
96 notwendig und eine Entlastung für die An-  
97 wohnenden. Sie lösen alleine aber nicht die  
98 Probleme vor Ort und müssen immer von un-  
99 terstützenden Angeboten begleitet sein.

100

#### 101 **Begründung**

102 Drogenkonsum im Öffentlichen Raum erle-  
103 ben die Berliner\*innen jeden Tag. Sei es die  
104 Wahrnehmung und Nutzungskonflikte in der  
105 Nachbarschaft, die Fragen nach Prävention  
106 oder die Unterstützungsangebote für Such-  
107 terkrankte – das Thema ist vielfältig. Im Kreis-  
108 forum der SPD Tempelhof-Schöneberg im  
109 Rahmen von Vorwärts 2035 haben wir uns in-  
110 tensiv mit dem Thema auseinandergesetzt.  
111 Die Forderungen sind aus der Diskussion ent-  
112 standen.

113

114 Viele Berliner\*innen spüren, dass sich die Si-  
115 tuation anspannt. Mehr Suchterkrankte, we-  
116 niger Rückzugsmöglichkeiten im öffentlichen  
117 Raum, veränderte Drogenarten, mehr Be-  
118 gleiterscheinungen und ggf. sogar Beschaf-  
119 fungskriminalität.

120

121 Gleichzeitig sind die wichtigen Unterstüt-  
122 zungsangebote (Sozialarbeit, sozialpsychia-  
123 trische Hilfe, Konsumräume, Beratung u.v.m.)  
124 immer mehr unter Druck und von Kürzun-  
125 gen bedroht. Dabei brauchen wir mehr da-  
126 von, nicht weniger. Denn mit Repressionen al-  
127 leine lösen wir keine Probleme und helfen wir  
128 den Betroffenen nicht.

**Antrag 4/II/2025****Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Öffentliche Toiletten – Maßnahmen bei Fremdnutzung**

1 Wir wollen eine gute Toilettenversorgung im  
2 öffentlichen Raum.

3

4 Insbesondere sollen problematische Stand-  
5 orte öffentlicher Toilettenanlagen, die von  
6 Fremdnutzung, Verschmutzung oder Vanda-  
7 lismus besonders betroffen sind, in den Blick  
8 genommen werden. Damit diese Standorte  
9 wieder für ihren ursprünglichen Zweck ge-  
10 nutzt werden können, braucht es gezielte  
11 Maßnahmen für jeden Standort.

12

13 Wir fordern daher den Berliner Senat auf, in  
14 Abstimmung mit den betroffenen Bezirken  
15 und der Wall-AG folgende Maßnahmen für  
16 die sogenannten Problemstandorte öffentli-  
17 cher Toilettenanlagen zu prüfen, fortzusetzen  
18 oder anzugehen:

19

**20 Mehr Reinigung und mehr Kontrolle**

- 21 • Vermehrte Reinigungsintervalle und ei-  
22 ne regelmäßige Begehung durch Mit-  
23 arbeitende der Wall-AG. Ggf. auch „Be-  
24 streifung“ durch Ordnungsamt bzw. Po-  
25 lizei im Umfeld der Toilettenanlagen.
- 26 • Prüfen von anderen Reinigungsmög-  
27 lichkeiten wie noch stärker selbstrei-  
28 nigende automatisierte Toiletten, um  
29 das Personal zu entlasten. Solche voll-  
30 automatischen Toilettensysteme, die  
31 auch den gesamten Raum säubern,  
32 sind in anderen europäischen Städten  
33 etabliert und sorgen für eine bessere  
34 Nutzbarkeit.

35

**36 Mehr Sozialarbeit und Unterstützungsange-  
37 bote**

- 38 • Gerade bei Fremdnutzung durch  
39 Drogenkonsum oder Übernachtung  
40 sind mehr mobile Sozialarbeit und

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommis-  
sion (Konsens)****Öffentliche Toiletten – Maßnahmen bei Fehl-  
nutzung**

Wir wollen eine gute Toilettenversorgung im  
öffentlichen Raum.

Insbesondere sollen problematische Standor-  
te öffentlicher Toilettenanlagen, die von Fehl-  
nutzung, Verschmutzung oder Vandalismus  
besonders betroffen sind, in den Blick genom-  
men werden. Damit diese Standorte wieder  
für ihren ursprünglichen Zweck genutzt wer-  
den können, braucht es gezielte Maßnahmen  
für jeden Standort.

Wir fordern daher den Berliner Senat auf, in  
Abstimmung mit den betroffenen Bezirken  
und der Wall-AG folgende Maßnahmen für  
die sogenannten Problemstandorte öffentli-  
cher Toilettenanlagen zu prüfen, fortzusetzen  
oder anzugehen:

**Mehr Reinigung und mehr Kontrolle**

- Vermehrte Reinigungsintervalle und ei-  
ne regelmäßige Begehung durch Mit-  
arbeitende der Wall-AG. Ggf. auch „Be-  
streifung“ durch Ordnungsamt bzw. Po-  
lizei im Umfeld der Toilettenanlagen.
- Prüfen von anderen Reinigungsmög-  
lichkeiten wie noch stärker selbstrei-  
nigende automatisierte Toiletten, um  
das Personal zu entlasten. Solche voll-  
automatischen Toilettensysteme, die  
auch den gesamten Raum säubern,  
sind in anderen europäischen Städten  
etabliert und sorgen für eine bessere  
Nutzbarkeit.

**Mehr Sozialarbeit und Unterstützungsange-  
bote**

- 41 Unterstützungsangebote für die  
42 Suchterkrankten oder obdachlosen  
43 Menschen notwendig.
- 44 • Die betreffenden Personen können so  
45 auf Angebote in der Nähe gezielt hin-  
46 gewiesen werden. Nutzungskonflikte  
47 können auf Augenhöhe angesprochen  
48 werden.
  - 49 • Mehr Drogenkonsummobile bzw.  
50 -räume und niedrigschwellige Unter-  
51 stützung.
  - 52 • Mehr niedrigschwellige ganzjährige  
53 Unterkünfte für obdachlose Menschen  
54 wie Kältehilfe oder Hitzehilfe.
  - 55 • Diese Angebote müssen finanziell ab-  
56 gesichert und vor allem ausgebaut wer-  
57 den.

#### 58 **Abends und nachts mehr Sicherheit**

- 60 • Die von Fremdnutzung betroffenen  
61 Standorte sollen abends ausreichend  
62 ausgeleuchtet und angeleuchtet sein,  
63 sodass bei Nutzung kein Unsicherheits-  
64 gefühl aufkommt.
- 65 • Besonders belastete Standorte werden  
66 bereits jetzt nachts abgeschlossen. Die-  
67 se Maßnahmen sollen evaluiert und bei  
68 gewünschter Wirkung ausgebaut wer-  
69 den.

70  
71 Bei anhaltender Fremdnutzung und wenn die  
72 genannten Maßnahmen keine Verbesserung  
73 erzielen, kann auch bei einzelnen Standor-  
74 ten über eine **Standort-Verlegung als letztes**  
75 **Mittel** nachgedacht werden. Dabei ist immer  
76 die Abwägung einer flächendeckenden Ver-  
77 sorgung mit öffentlichen Toiletten zu beden-  
78 ken.

79  
80 Die **Kostenfreiheit** der öffentlichen Toiletten  
81 soll erhalten bzw. ausgebaut werden.

#### 82 **Begründung**

83 Öffentliche Toiletten gehören zu einer le-  
84 benswerten Stadt dazu. Berlin hat hier in  
85 den letzten Jahren richtig was vorangebracht  
86 und ausgebaut. Die Anzahl der öffentlichen  
87 Toiletten ist weiterhin auf einem Höchst-  
88 stand. 475 öffentliche Toiletten, 325 davon  
89

- Gerade bei Fehlnutzung durch Dro-  
genkonsum oder Übernachtung sind  
mehr mobile Sozialarbeit und Unter-  
stützungsangebote für die Suchter-  
krankten oder obdachlosen Menschen  
notwendig.
- Die betreffenden Personen können so  
auf Angebote in der Nähe gezielt hin-  
gewiesen werden. Nutzungskonflikte  
können auf Augenhöhe angesprochen  
werden.
- Mehr Drogenkonsummobile bzw.  
-räume und niedrigschwellige Unter-  
stützung.
- Mehr niedrigschwellige ganzjährige  
Unterkünfte für obdachlose Menschen  
wie Kältehilfe oder Hitzehilfe.
- Diese Angebote müssen finanziell ab-  
gesichert und vor allem ausgebaut wer-  
den.

#### **Abends und nachts mehr Sicherheit**

- Die von Fehlnutzung betroffenen  
Standorte sollen abends ausreichend  
ausgeleuchtet und angeleuchtet sein,  
sodass bei Nutzung kein Unsicherheits-  
gefühl aufkommt.
- Besonders belastete Standorte werden  
bereits jetzt nachts abgeschlossen. Die-  
se Maßnahmen sollen evaluiert und bei  
gewünschter Wirkung ausgebaut wer-  
den.

Bei anhaltender Fehlnutzung und wenn die  
genannten Maßnahmen keine Verbesserung  
erzielen, kann auch bei einzelnen Standor-  
ten über eine **Standort-Verlegung als letztes**  
**Mittel** nachgedacht werden. Dabei ist immer  
die Abwägung einer flächendeckenden Ver-  
sorgung mit öffentlichen Toiletten zu beden-  
ken.

Die **Kostenfreiheit** der öffentlichen Toiletten  
soll erhalten bzw. ausgebaut werden.

90 über den Wall-Toilettenvertrag. Das Pilotpro-  
91 jekt der kostenfreien Toiletten wurde für 107  
92 Standorte verstetigt.

93

94 Es gibt aber auch rund 40 sogenannte Pro-  
95 blemstandorte, die von Vandalismus oder an-  
96 derer Nutzung betroffen sind und nicht für  
97 ihren eigentlichen Zweck nutzbar sind. Eini-  
98 ge dieser Standorte sind auch in Tempelhof-  
99 Schöneberg, beispielsweise an der Yorckstra-  
100 ße oder am Bayerischen Platz. Für diese Toi-  
101 lettenstandorte wollen wir bessere Lösungen  
102 finden, damit sie wieder für den eigentlichen  
103 Zweck nutzbar sind.

**Antrag 5/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Gewerberechtliche Kontrollen ausweiten**

1 Die SPD Tempelhof-Schöneberg fordert die  
2 Mitglieder der SPD-Fraktion und des Senats  
3 von Berlin sowie die sozialdemokratischen  
4 Mitglieder der Bezirksverordnetenversamm-  
5 lungen und der Bezirksämter dazu auf, sich  
6 für eine Verstetigung und Ausweitung ge-  
7 werberechtlicher Kontrollen einzusetzen und  
8 eine entsprechende personelle und finanziel-  
9 le Untersetzung in den Haushalten der Berli-  
10 ner Bezirke einzusetzen. Dabei sollen folgen-  
11 de Grundsätze gelten:

12

13 • Verbundeinsätze und Schwerpunkt-  
14 kontrollen sollen fortgesetzt und  
15 intensiviert werden. Dabei soll regel-  
16 mäßig auch überprüft werden, ob die  
17 gewerberechtliche Zuverlässigkeit von  
18 Betrieben durch das (wiederholte)  
19 Feststellen von Ordnungswidrigkeiten  
20 und/oder Straftaten aberkannt werden  
21 kann.

22

23 • Als zusätzlichen Schwerpunkt sollen  
24 Kontrollen in Hinblick auf Schwarzar-  
25 beit und Arbeitsausbeutung verstärkt  
26 durchgeführt werden.

27

28 • Ferner soll die bisherige Zusammen-  
29 arbeit von Polizei und Ordnungsamt  
30 mit den Steuerbehörden bzw. dem Zoll  
31 intensiviert werden, um steuerrechtli-  
32 che Vergehen und Steuerhinterziehung  
33 konsequenter zu ahnden.

34

**35 Begründung**

36 Erfolgt mündlich.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

**Antrag 6/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Sauber, Berlin! Vermieter\*innen in die Pflicht nehmen**

1 Die SPD Tempelhof-Schöneberg fordert die  
2 Mitglieder der Berliner Landesgruppe im  
3 Deutschen Bundestag dazu auf, Änderungen  
4 für das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)  
5 vorzuschlagen, um die vorgegebenen Min-  
6 destkapazitäten für durch Vermieter\*innen  
7 zur Verfügung zu stellenden Abfallbehälter  
8 zu erhöhen. Gleichzeitig sollen rechtli-  
9 che Möglichkeiten geprüft werden, eine  
10 vollständige Überwälzung der dadurch ent-  
11 stehenden zusätzlichen Betriebskosten für  
12 die Mieter\*innen zu vermeiden.

13

**14 Begründung**

15 Insbesondere durch die zunehmende Nut-  
16 zung von Lieferdiensten und Online-Käufen  
17 sind Mieter\*innen mit der Situation konfron-  
18 tiert, dass die vom Vermieter\*innen gestell-  
19 ten Abfallbehälter kurz nach Leerung wieder  
20 überfüllt sind. Dies führt oft dazu, dass Müll  
21 entweder im Innenhof von Mietshäusern auf  
22 oder neben den Abfalltonnen abgestellt oder  
23 sogar im öffentlichen Straßenland entsorgt  
24 wird.

25

26 Auch leidet die Mülltrennung darunter, wenn  
27 einzelne Behälter durchgehend überfüllt  
28 sind.

**Antrag 7/II/2025****Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Refinanzierung des Tarifvertrags der AAPA (Arbeitsgemeinschaft behinderter Arbeitgeber mit Persönlicher Assistenz) über 2025 hinaus**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-  
2 nats werden aufgefordert darauf hinzuwir-  
3 ken, dass der Tarifvertrag der AAPA über 2025  
4 hinaus anerkannt wird. Damit wird verhin-  
5 dert, dass direkt angestellte Assistent\*innen  
6 im Persönlichen Budget, schlechter gestellt  
7 werden, als Angestellte von Assistenzdiens-  
8 ten. Dazu gehört auch die Erhöhung der Löh-  
9 ne und das Aushandeln einer Inflationsprä-  
10 mie analog des Tarifabschlusses des öffentli-  
11 chen Dienstes der Länder.

12

**13 Begründung**

14 Um selbstbestimmt in der eigenen Häus-  
15 lichkeit leben zu können, haben Menschen  
16 mit Behinderung unter bestimmten Voraus-  
17 setzungen Anspruch auf Persönliche Assis-  
18 tenz. Dies bedeutet, dass sie zu Hause leben  
19 und ihren Alltag mit Assistenz selbst gestal-  
20 ten. Die Assistent\*innen (im Folgenden durch  
21 AS abgekürzt) arbeiten direkt bei ihren As-  
22 sistenznehmer\*innen zu Hause und unter-  
23 stützen nach Ansage bei der Körperpflege,  
24 im Haushalt und auch bei der Arbeit und  
25 bei Gängen außer Haus. Rund um die Uhr  
26 stellen sie unter anderem ihre Muskelkraft  
27 und ihre Arme und Beine zur Verfügung, da-  
28 mit Menschen mit Behinderung auch außer-  
29 halb von Einrichtungen selbstbestimmt ihr  
30 Leben gestalten können. Dazu arbeiten sie als  
31 Team des/der jeweiligen AssistenznehmerIn  
32 im Schichtdienst.

33

34 Anspruchsberechtigte habe das Recht auf  
35 freie Wahl. Sie können selbst entscheiden, ob  
36 sie ihre AS über Pflegedienste wie z. Bs. ambu-  
37 lante dienste e.V. beziehen, oder über das Per-  
38 sönliche Budget selbst einstellen wollen. Bei  
39 Pflegediensten müssen sie sich nicht selbst

40 um die Sicherung ihrer Assistenz kümmern,  
41 haben aber weniger Wahlrecht und müssen  
42 bestimmte Regeln einhalten. Wenn sie sich  
43 dafür entscheiden ihre AS über das zur Ver-  
44 fügung gestellte Persönliche Budget selbst  
45 einzustellen, sind sie für ihre Dienstplanung  
46 selbst verantwortlich, haben aber mehr Frei-  
47 heiten und sind die direkten Vorgesetzten ih-  
48 rer AS.

49

50 2019 haben die großen Assistenzdienste ei-  
51 nen Tarifvertrag abgeschlossen, was langfris-  
52 tig dazu führte, dass Assistent\*innen der gro-  
53 ßen Dienste besser verdienten als die direkt  
54 Angestellte. Das lag unter anderem daran,  
55 dass die AS der großen Träger in die Endgeld-  
56 gruppe 5 eingruppiert wurden, während die  
57 AS im Persönlichen Budget in der Endgeld-  
58 gruppe 3 verblieben.

59

60 Daraufhin gründeten Assistenznehmer\*In-  
61 nen mit Persönlichem Budget die AAPA,  
62 um vertreten von der Gewerkschaft ver.di,  
63 auch einen Tarifvertrag auszuhandeln. Erst  
64 2024 wurde dies vom Senat anerkannt und  
65 die AS im Persönlichen Budget erhielten  
66 rückwirkend vom 1.1.22 ihre Nachzahlung.

67

68 Obwohl nach der AGH Wahl 2021 die Ko-  
69 alition festlegte, dass sie sich für gleichen  
70 Lohn für gleiche Tätigkeit einsetzt, wurde nun  
71 beschlossen, dass direkt angestellte Assis-  
72 tent\*innen ab 2026 wieder in die Endgeld-  
73 gruppe 3 wechseln sollen und der Tarifvertrag  
74 nicht verlängert wird. Auch der Tarifvertrag  
75 der großen Dienste ist von Schlechterstellung  
76 gefährdet, hat aber mehr Gewicht.

77

78 Die AS im Persönlichen Budget werden al-  
79 so ab 2026 wieder 340€ im Monat weniger  
80 verdienen, als ihre KollegInnen der großen  
81 Dienste, obwohl sie die gleiche Arbeit leisten,  
82 wenn sich der Senat nicht dazu bekennt.

83

84 Dadurch werden die behinderten Arbeitge-  
85 ber\*innen im Persönlichen Budget noch grö-  
86 ßere Schwierigkeiten als sonst haben, geeig-  
87 netes Personal zu finden und zu halten. Wenn  
88 die AS alle zu den großen Diensten, die immer

89 Personal suchen, wechseln, werden die Ar-  
90 beitgebenden im Persönlichen Budget eben-  
91 falls aus der Not heraus gezwungen, sich ei-  
92 nen Dienst zu suchen. Da diese ihre Teams  
93 selbst koordinieren, während die Dienste ei-  
94 ne teure Verwaltung unterhalten, sparen sie  
95 dem Land Geld. Würden alle Betroffenen der  
96 AAPA zu den Diensten wechseln, würden dem  
97 Land Mehrkosten 12 Millionen € pro Jahr  
98 dem Land entstehen. Dazu kommt, dass auf-  
99 grund fehlender Sozialarbeitenden und Pfl-  
100 gefachkräfte die Dienste überlastet sind und  
101 schon jetzt bei weitem nicht alle Anfragen be-  
102 dienen können.

103

104 Durch die Weigerung der langfristigen Aner-  
105 kennung des Tarifvertrags untergräbt der Se-  
106 nat also unterschwellig das Recht auf Wahl-  
107 freiheit und Selbstbestimmung der Men-  
108 schen mit Behinderung. Leben mit Persön-  
109 lichem Budget als Chef\*in der eigenen AS  
110 ist die höchste Form der Selbstbestimmung,  
111 die man als Mensch mit Behinderung haben  
112 kann.

113

114 Dazu kommt, dass die AS die gleiche verant-  
115 wortungsbewusste Arbeit leisten, ob sie nun  
116 bei einem Dienst angestellt sind, oder direkt  
117 bei einer Person mit Behinderung. Wenn die  
118 SPD sich noch als Arbeiterpartei wahrnimmt  
119 und auch noch so wahrgenommen werden  
120 möchte, sollte sie die AS, die wirklich zu den  
121 „hart arbeitenden Menschen“ gehören, von  
122 denen unsere Vorsitzenden im Bund so ger-  
123 ne sprechen, keine Steine in den Weg legen.  
124 Sich für den Tarifvertrag der AAPA einzuset-  
125 zen und dadurch auch den Tarifvertrag der  
126 großen Dienste zu stärken, würde Worten  
127 auch Taten folgen lassen und die Pflege di-  
128 rekt aufwerten und dazu das Selbstbestim-  
129 mungsrecht der zu Pflegenden unterstützen  
130 und anerkennen.

**B Bezirksbezogene Anträge****Antrag 1/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Hitzeschutz in Außenbereichen von Ladengeschäften insbesondere in der Gastronomie**

1 Die SPD Tempelhof-Schöneberg und ihre  
2 Mandatsträger\*innen setzen sich dafür ein,  
3 Beratungsmöglichkeiten zu schaffen damit  
4 Ladengeschäfte, und hier insbesondere  
5 Gastronomische Unternehmen, klimaneu-  
6 tralen Hitzeschutz auf ihren Außenflächen  
7 schaffen können und welche rechtlichen  
8 Möglichkeiten dazu bestehen.

9

**10 Begründung**

11 Angesichts immer heißerer Sommer ist der  
12 Hitzeschutz im öffentlichen Raum ein The-  
13 ma von immer größerer Bedeutung. Welche  
14 Maßnahmen man treffen kann und darf, um  
15 zusätzlichen Hitzeschutz zu bieten ist aller-  
16 dings weiterhin häufig unbekannt.

**Antrag 2/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Pfuhle an der Britzer Straße erhalten und dauerhaft sichern**

1 Die SPD Tempelhof-Schöneberg und ihre  
2 Mandatsträger\*innen setzen sich angesichts  
3 des Klimawandels für den Erhalt und dauer-  
4 hafte Sicherung der Pfuhle an der Britzer Str.  
5 ein. Langfristig ist anzustreben den gesam-  
6 ten Grünzug als Landschaftsschutzgebiet  
7 auszuweisen.

8

**9 Begründung**

10 Die Pfuhle im Bereich der Britzer Straße so-  
11 wie die mit ihnen im räumlichen Zusam-  
12 menhang stehenden Wiesen sind als gesetz-  
13 lich geschützte Biotope typische Bestandteile  
14 der eiszeitlich geprägten Landschaft Marien-  
15 dorfs sowie wertvolle Lebensstätten bedroh-  
16 ter bzw. geschützter Tier- und Pflanzenarten.  
17 Wir setzen uns daher für ihre Erhaltung und  
18 dauerhafte Sicherung ein.

**Antrag 3/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)****Leitlinien für die Parkraumbewirtschaftung erstellen und veröffentlichen**

1 Die SPD Tempelhof-Schöneberg fordert die  
 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirks-  
 3 verordnetenversammlung und des Bezirks-  
 4 amts dazu auf, sich für die Erstellung, den  
 5 Beschluss durch die BVV und die anschlie-  
 6 ßende Veröffentlichung von Leitlinien für  
 7 die Parkraumbewirtschaftung in Tempelhof-  
 8 Schöneberg einzusetzen.

9

10 In den Leitlinien sollen die einschlägigen  
 11 Rechtsgrundlagen, einzuhaltende Normen  
 12 sowie vorhandene Ermessensspielräume für  
 13 die Positionierung von Parkscheinautomaten  
 14 im öffentlichen Straßenland erläutert wer-  
 15 den, um für Klarheit und Nachvollziehbarkeit  
 16 bei Bürger\*innen zu sorgen.

17

18 Dabei muss stets der Grundsatz einer mög-  
 19 lichst geringen Beeinträchtigung des öffent-  
 20 lichen Raumes gelten, d.h. Parkscheinauto-  
 21 maten sind grundsätzlich im Gehwegrandbe-  
 22 reich zu platzieren. Beeinträchtigungen der  
 23 Barrierefreiheit für den Fußverkehr sind zwin-  
 24 gend zu vermeiden, sodass im begründe-  
 25 ten Einzelfall auf den Fahrbahnrand bzw. ei-  
 26 nen vorhandenen Mittelstreifen auszuwei-  
 27 chen ist.

28

29 Ferner sollen transparente und für die Bür-  
 30 ger\*innen nachvollziehbare Informationen  
 31 gegeben werden, anhand welcher Kriterien  
 32 die kostenpflichtigen Uhrzeiten in den Park-  
 33 zonen und die Höhe der zu entrichtenden  
 34 Parkgebühr bestimmt werden. Schließlich  
 35 soll ebenfalls in den Leitlinien geregelt  
 36 werden, wie im Vollzug der Parkraumüber-  
 37 wachung damit umgegangen wird, wenn  
 38 Anträge auf Bewohner\*innenparkausweise  
 39 bereits gestellt, aber noch nicht beschieden  
 40 sind.

41

Die SPD Tempelhof-Schöneberg fordert die  
 sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirks-  
 verordnetenversammlung und des Bezirks-  
 amts dazu auf, sich für die Erstellung, den  
 Beschluss durch die BVV und die anschlie-  
 ßende Veröffentlichung von Leitlinien für  
 die Parkraumbewirtschaftung in Tempelhof-  
 Schöneberg einzusetzen.

In den Leitlinien sollen die einschlägigen  
 Rechtsgrundlagen, einzuhaltende Normen  
 sowie vorhandene Ermessensspielräume für  
 die Positionierung von Parkscheinautomaten  
 im öffentlichen Straßenland erläutert wer-  
 den, um für Klarheit und Nachvollziehbarkeit  
 bei Bürger\*innen zu sorgen.

Dabei muss stets der Grundsatz einer mög-  
 lichst geringen Beeinträchtigung des öffent-  
 lichen Raumes gelten, d.h. Parkscheinauto-  
 maten sind grundsätzlich im Gehwegrandbe-  
 reich zu platzieren. Beeinträchtigungen der  
 Barrierefreiheit für den Fußverkehr sind zwin-  
 gend zu vermeiden, sodass im begründe-  
 ten Einzelfall auf den Fahrbahnrand bzw. ei-  
 nen vorhandenen Mittelstreifen auszuwei-  
 chen ist.

Ferner sollen transparente und für die Bür-  
 ger\*innen nachvollziehbare Informationen  
 gegeben werden, anhand welcher Kriterien  
 die kostenpflichtigen Uhrzeiten in den Park-  
 zonen und die Höhe der zu entrichtenden  
 Parkgebühr bestimmt werden. Schließlich  
 soll ebenfalls in den Leitlinien geregelt  
 werden, wie im Vollzug der Parkraumüber-  
 wachung damit umgegangen wird, wenn  
 Anträge auf Bewohner\*innenparkausweise  
 bereits gestellt, aber noch nicht beschieden  
 sind.

42 **Begründung**

43 Parkraumbewirtschaftung ist das zentrale  
44 Steuerungsinstrument, um Anwohner\*innen  
45 in Kiezen mit hohem Parkdruck zu entlasten.

46

47 Gleichzeitig ist es in der Vergangenheit immer  
48 wieder zu Irritationen über die Positionierung  
49 von Parkscheinautomaten, die Höhe der Gebühr  
50 oder die Dauer der täglichen Bewirtschaftung  
51 gekommen.

52

53 Ziel der Formulierung, Beratung und Veröffentlichung  
54 von Leitlinien ist es, die Akzeptanz der Parkraumbewirtschaftung  
55 zu erhöhen und klare Regeln zu formulieren, an die sich  
56 das Bezirksamt im Verwaltungsvollzug halten hat.  
57  
58

Eine Verlinkung zu den Leitlinien via QR-Code  
könnte auf die Automaten aufgebracht werden.

**Antrag 4/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Infrastruktur für eine älter werdende Gesellschaft**

1 Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-  
 2 Schöneberg und die Tempelhof-  
 3 Schöneberger Mitglieder der SPD-Fraktion  
 4 im Berliner Abgeordnetenhaus werden  
 5 aufgefordert, sich für die Schaffung von  
 6 öffentlichen Toiletten und Sitzbänken einzu-  
 7 setzen.

8

**9 Begründung**

10 Insbesondere für Senior\*innen ist Infrastruk-  
 11 tur in Form von öffentlichen Toiletten und  
 12 Sitzbänke zum Pausieren notwendig, um täg-  
 13 liche Wege wie zum Einkaufen, Arztbesuche  
 14 oder Teilnahme am gesellschaftlichen Leben  
 15 absolvieren zu können.

16

17 Die drei öffentlichen Toiletten Mariendorf  
 18 konzentrieren sich zwischen dem Marktplatz  
 19 und dem Heidefriedhof. Weitere öffentlichen  
 20 Toiletten sind nicht vorhanden. Im Osten und  
 21 Süden Mariendorfs befinden sich keine öf-  
 22 fentlichen Toiletten. Da es auch an öffentli-  
 23 chen Einrichtungen in diesen Ortsteilen fehlt,  
 24 ist das Auffinden einer Toilette dort eine Her-  
 25 ausforderung. Die öffentlichen Toiletten wer-  
 26 den im Rahmen des Toilettenkonzeptes des  
 27 Senats aufgestellt. Daher sind hier die MdAs  
 28 gefragt, um positive Veränderungen herbei-  
 29 zuführen.

30

31 In Mariendorf wurden im vergangenen Jahr  
 32 Bänke aufgestellt. Allerdings erfolgte die  
 33 Verteilung nicht nachvollziehbar. So wurde  
 34 ein Dutzend Bänke auf dem kurzen Stück  
 35 Alt-Mariendorfs westlich des Mariendorfer  
 36 Damms aufgestellt, aber keine Bank auf der  
 37 östlichen Seite des Damms. Auf diesem öst-  
 38 lichen Abschnitt befinden sich aber ein Se-  
 39 niorenwohnhaus und ein Discounter, der das  
 40 Aufstellen einer Bank sinnvoll machen wür-  
 41 de.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)**

Infrastruktur für eine älter werdende Gesell-  
 schaft

Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-  
 Schöneberg und die Tempelhof-  
 Schöneberger Mitglieder der SPD-Fraktion im  
 Berliner Abgeordnetenhaus werden aufge-  
 fordert, sich gegebenenfalls in Abstimmung  
 der bezirklichen Senior\*innenvertretung und  
 dem Beirat von und für Menschen mit Behin-  
 derung für die Schaffung von öffentlichen  
 Toiletten und Sitzbänken einzusetzen.

42 Auch in anderen Straßen sucht man vergeb-  
43 lich nach Sitzmöglichkeiten. Hier muss Abhil-  
44 fe geschaffen werden.

**Antrag 5/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)****Folgen des Klimawandels für die Mariendorfer\*innen erträglich machen**

- 1 Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-
- 2 Schöneberg wird aufgefordert, sich weiterhin
- 3 im Rahmen des Hitzeschutzes für kühle Orte
- 4 für die Mariendorfer\*innen einzusetzen.

5

**6 Begründung**

- 7 In Zeiten des Klimawandels sind kühle Ruck-
- 8 zugsorte unerlässlich, um Hitzetage gesund-
- 9 heitlich zu überstehen.

10

- 11 Nicht alle Wohnungen und/oder Arbeitsstät-
- 12 ten bieten Schutz vor der Hitze. Insbesonde-
- 13 re Senior\*innen sind bei hohen Außentempe-
- 14 raturen von gesundheitlichen Schädigungen
- 15 bedroht.

16

- 17 Daher ist es umso wichtiger, dass öffentli-
- 18 che Infrastruktur Schutz vor Hitze bietet und
- 19 sich Menschen von der hitzebedingten Belas-
- 20 tung erholen können. Die SPD-Fraktion setzt
- 21 sich für solche Hitzeschutzmaßnahmen ein.
- 22 Da der Prozess der Klimaanpassungen aber
- 23 erst begonnen hat, muss der Weg auch in der
- 24 nächsten Wahlperiode weitergegangen wer-
- 25 den.

**Folgen des Klimawandels für die Bürger\*innen erträglich machen**

Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg wird aufgefordert, sich weiterhin im Rahmen des Hitzeschutzes für kühle Orte für die Bürger\*innen einzusetzen.

**Antrag 6/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Mobilitätsplan für ältere und mobilitätsbeeinträchtigte Menschen erarbeiten**

1 Die SPD Tempelhof-Schöneberg und ihre  
2 Mandatsträger\*innen setzen sich dafür  
3 ein, dass ein Mobilitätsplan für Tempelhof-  
4 Schöneberg erarbeitet wird, aus dem aussa-  
5 gekräftig hervorgeht, wo es für ältere und  
6 mobilitätseingeschränkte Menschen für Sie  
7 wichtige Orte (Bänke, Toiletten, Fahrstühle,  
8 Rolltreppen etc.) die für Sie fußläufig zu  
9 erreichen sind, gibt, bzw. wo diese fehlen.

10

**11 Begründung**

12 Ältere und mobilitätseingeschränkte Men-  
13 schen haben im urbanen Raum mit größeren  
14 Herausforderungen zu kämpfen. Insbesonde-  
15 re wenn es im öffentlichen Raum keine Or-  
16 te für notwendige Erholung oder die Verrich-  
17 tung natürlicher Bedürfnisse gibt.

18

19 Daher soll ein solcher Plan den Istzustand ab-  
20 bilden damit in einem folgenden Schritt Ab-  
21 hilfe geschaffen werden kann. Ähnliche Mo-  
22 delle existieren bereits u. A. in der Schweiz.

**Antrag 7/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Mehr Kultur für Mariendorf**

1 Die SPD Tempelhof-Schöneberg und ihre  
2 Mandatsträger\*innen setzen sich dafür ein,  
3 dass in Mariendorf ein Kulturbaustein ge-  
4 plant und umgesetzt wird, wie er bereits in  
5 Lichtenrade umgesetzt wurde (Alte Mälzerei)  
6 und für Tempelhof geplant ist (als Teil der  
7 Neuen Mitte Tempelhof).

8

**9 Begründung**

10 Kultur ist ein wichtiger Teil gesellschaftlichen  
11 Lebens.

12

13 In Mariendorf besteht im Vergleich zu be-  
14 nachbarten Kiezen ein Mangel an kulturel-  
15 len Angeboten. Daher sollen auf diesem We-  
16 ge Orte geschaffen werden die den Marien-  
17 dorfer\*innen wohnortnahen Zugang zu kul-  
18 turellen Angeboten verschaffen sollen.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

**Antrag 8/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Spielplatz Britzer Wiesen**

1 Die SPD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg  
2 und die SPD Tempelhof-Schöneberg im  
3 Rahmen der Zählgemeinschaftsgespräche  
4 werden aufgefordert, sich weiterhin für die  
5 Neuanlage des Spielplatzes Britzer Wiesen  
6 einzusetzen.

7

**8 Begründung**

9 Mit einem städtebaulichen Vertrag wurde die  
10 (Mit-)Finanzierung eines Spielplatzes im Ma-  
11 riendorfer Pfuhlgelände (Grünfläche südlich  
12 der Britzer Straße) vereinbart.

13

14 Seit 2021 drängt die SPD-Fraktion Tempelhof-  
15 Schöneberg auf die Umsetzung dieses Ver-  
16 tragsteils und wird immer vertröstet. Mal  
17 fehlt es an Personal, mal an der Finanzierung,  
18 jedoch wurden und werden andere Spielplät-  
19 ze gebaut.

20

21 Der Spielplatz ist aber dringend notwen-  
22 dig. Mariendorf ist mit Spielplätzen unterver-  
23 sorgt. Gerade im östlichen Teil Mariendorfs  
24 sind die Wege zwischen den vorhandenen  
25 Spielplätzen für „kurze Beine“ zu lang.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

**Antrag 9/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)****Schattenspendende Bäume und Sprühnebel für Mariendorf**

1 Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-  
2 Schöneberg und die SPD Tempelhof-  
3 Schöneberg werden aufgefordert, sich  
4 weiterhin für die Anpflanzung von Straßen-  
5 bäumen und den Einsatz von Sprühnebeln  
6 an Hitzetagen einzusetzen.

7

**8 Begründung**

9 Die B 96 nördlich Alt-Mariendorfs verfügt  
10 nur über wenige schattenspendende Stra-  
11 ßenbäume. An Hitzetagen sind Fußwege ent-  
12 lang der B96 eine Qual. Fußgänger\*innen  
13 sind sowohl der Sonneneinstrahlung als auch  
14 der Reflektion des Asphalts ausgesetzt.

15

16 Das Setzen von Straßenbäumen und auch an  
17 besonders frequentierten Orten der Einsatz  
18 von tage- bzw. stundenweise Sprühnebeln  
19 kann hier Abhilfe schaffen.

Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-  
Schöneberg und die SPD Tempelhof-  
Schöneberg werden aufgefordert, sich  
weiterhin für die Anpflanzung von Stra-  
ßenbäumen und den stundenweisen und  
punktuellen Einsatz von Sprühnebeln an  
Hitzetagen einzusetzen.

**Antrag 10/II/2025****Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)****Folgen des Klimawandels für öffentliche Grün- und Parkanlagen abmildern**

1 Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-  
2 Schöneberg wird aufgefordert, sich auch in  
3 der kommenden Wahlperiode für Klima-  
4 anpassungsmaßnahmen in Mariendorf einzu-  
5 setzen.

6

**7 Begründung**

8 Mariendorf gilt im Bezirk als „grüne Region“  
9 aufgrund der vielen Kleingartenanlagen, des  
10 Volksparks und der Pfuhlkette.

11

12 Die Auswirkungen des Klimawandels mit  
13 sehr heißen, trockenen Sommern und einer  
14 Zunahme von Stürmen und Starkregenereig-  
15 nissen lassen sich in den Grünanlagen und  
16 Parks deutlich spüren.

17

18 In den Pfuhen fehlt das Wasser, im Eckern-  
19 pfuhl sind die Faschinen deutlich sichtbar, der  
20 Wasserstand sinkt über den gesamten Som-  
21 mer. Die Bäume sind gestresst, jeder Sturm  
22 hinterlässt bei den Bäumen Ast- oder Kronen-  
23 bruch. Rasenflächen vertrocknen im Sommer.

24

25 Um das öffentliche Grün zu erhalten, müs-  
26 sen Klimaanpassungsmaßnahmen erfolgen  
27 zum Beispiel durch Neu- und Nachpflanzun-  
28 gen mit klimaresilienten Pflanzen und Was-  
29 serzuführung bei den Pfuhen.

Die SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-  
Schöneberg wird aufgefordert, sich auch in  
der kommenden Wahlperiode für Klima-  
anpassungsmaßnahmen einzusetzen.

Um das öffentliche Grün zu erhalten, müssen  
Klimaanpassungsmaßnahmen erfolgen zum  
Beispiel durch Neu- und Nachpflanzungen  
mit klimaresilienten, nicht invasiven Pflanzen  
und Wasserzuführung bei den Pfuhen.

**Antrag 11/II/2025****AK Sozialer Klimaschutz****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)****Einsatz eines Schadstoffmobils anlässlich der BSR-Kieztage**

1 Die SPD Tempelhof-Schöneberg bittet die zu-  
2 ständigen Stellen sich immer dafür einzusetzen,  
3 dass die Berliner Stadtreinigung (BSR) die  
4 Kieztage auch für die Sammlung von Schad-  
5 stoffen nutzt.

6

**7 Begründung**

8 Den Berliner Privathaushalten stehen für die  
9 Abgabe von Schadstoffen berlinweit nur we-  
10 nige Abgabestellen zur Verfügung. Für die in  
11 der Regel geringen Mengen von Schadstof-  
12 fen, die in Haushalten anfallen, lohnt sich  
13 aus Sicht der Bürger\*innen der vielfach wei-  
14 te Weg zur nächsten Abgabestelle nicht. Es  
15 ist zu vermuten, dass sowohl aus Unkenntnis  
16 wie auch aus Praktikabilitätsgründen Schad-  
17 stoffe deshalb häufig im Restmüll oder auf  
18 andere unsachgemäße Weise entsorgt wer-  
19 den.

20

21 Seit den 1990er Jahren bis Ende 2004 setz-  
22 te die BSR für die haushaltsnahe Entsorgung  
23 Schadstoffmobile ein. Deren Betrieb wurde  
24 eingestellt, weil das Sammelvolumen weit  
25 hinter den Erwartungen zurück blieb und  
26 der Einsatz der Fahrzeuge wirtschaftlich nicht  
27 mehr vertretbar war.

28

29 Die BSR-Kieztage, die an vielen Orten in Ber-  
30 lin durchgeführt werden, erfreuen sich gro-  
31 ßer Beliebtheit. Sie werden von Anwohnern  
32 genutzt, um Sperrmüll zu entsorgen und  
33 auf dem Tauschmarkt brauchbare Dinge in  
34 andere Hände abzugeben, statt sie wegzu-  
35 werfen. Die BSRKieztage sind Orte der Kom-  
36 munikation und werden vielfach in Koope-  
37 ration mit zivilgesellschaftlichen Initiativen  
38 durchgeführt, die diese Gelegenheit zum Bür-  
39 ger\*innendialog nutzen. So entwickeln die  
40 Kieztage allmählich Straßenfestcharakter.

41

**Annahme von Schadstoffen anlässlich der BSR-Kieztage**

Die SPD Tempelhof-Schöneberg setzt sich da-  
für ein, dass die Berliner Stadtreinigung (BSR)  
die Kieztage auch für die Sammlung von  
Schadstoffen nutzt.

42 Die BSR sollte sich die gute Gelegenheit, an-  
43 lässlich der Kieztage Schadstoffe der anwoh-  
44 nenden Haushalte anzunehmen, nicht entge-  
45 hen lassen. Die könnte mit einem Schadstoff-  
46 mobil oder in anderer Form geschehen. Es  
47 würde die Abgabe von Schadstoffen erleich-  
48 tern und so dazu beitragen, dass mehr Schad-  
49 stoffe sachgemäß entsorgt werden. Mit der  
50 Sammlung anlässlich der Kieztage könnte  
51 zugleich eine Sensibilisierung der Bevölke-  
52 rung über den Umgang mit Schadstoffen, ih-  
53 re korrekte Entsorgung und die von ihnen ver-  
54 ursachten Umweltschädigungen verbunden  
55 werden.

56

57

58

**Antrag 12/II/2025****AK Sozialer Klimaschutz****Die KDV möge beschließen:****Kiezoase – Soziale Klimaanpassung im Quartier**

1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD  
2 Tempelhof-Schöneberg bittet die BVV-  
3 Fraktion der SPD-Tempelhof-Schöneberg,  
4 sich gegenüber dem Bezirksamt für folgen-  
5 des Projekt einzusetzen:

6

7 **Kiezoase – Soziale Klimaanpassung im Quar-**  
8 **tier.**

9

10 **1. Ausgangslage** Die Klimakrise trifft die  
11 Nachbarschaft in Tempelhof-Schöneberg un-  
12 gleich: Besonders in dicht bebauten, sozial  
13 benachteiligten Stadtteilen steigt die Belas-  
14 tung durch Hitze, Luftverschmutzung, Versie-  
15 gelung und fehlendes Stadtgrün. Gleichzei-  
16 tig haben viele Menschen dort keinen Zu-  
17 gang zu privaten Gärten, keine Klimaanla-  
18 gen, und kaum Einfluss auf das Engagement  
19 des Vermieters für energetische Sanierungen.  
20 Die kommunale Klimapolitik braucht Orte, an  
21 denen Klimaanpassung, soziale Teilhabe und  
22 Lebensqualität zusammenkommen.

23

24 **2. Idee:** Die Kiezoase Eine “Kiezoase” ist ein  
25 grün gestalteter, klimaresilienter und sozial  
26 nutzbarer Ort im Quartier – etwa ein umge-  
27 stalteter Platz, Parkplatz oder Innenhof. Sie  
28 verbindet konkrete Maßnahmen zur Hitze-  
29 vorsorge und Begrünung (Entsiegelung) mit  
30 sozialer Nutzung, Energieberatung, Mitbe-  
31 stimmung und niedrigschwelliger Infrastruk-  
32 tur.

33

34 **3. Zielsetzung**

- 35 • Schutz vor Hitze und Extremwetter
- 36 • Erhöhung der Lebensqualität in belas-
- 37 teten Quartieren
- 38 • Sichtbare Umsetzung sozial gerechter
- 39 Klimapolitik
- 40 • Beteiligung, Bildung und Erprobung
- 41 neuer Arbeitsmodelle (Klimajobs)

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommis-**  
**sion (Konsens)****kiezcool – Soziale Klimaanpassung im Quar-**  
**tier**

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD  
Tempelhof-Schöneberg bittet die BVV-  
Fraktion der SPD-Tempelhof-Schöneberg,  
sich gegenüber dem Bezirksamt für folgen-  
des Projekt einzusetzen:

**kiezcool – Soziale Klimaanpassung im Quar-**  
**tier.**

**1. Ausgangslage** Die Klimakrise trifft die  
Nachbarschaft in Tempelhof-Schöneberg un-  
gleich: Besonders in dicht bebauten, sozial  
benachteiligten Stadtteilen steigt die Belas-  
tung durch Hitze, Luftverschmutzung, Versie-  
gelung und fehlendes Stadtgrün. Gleichzei-  
tig haben viele Menschen dort keinen Zu-  
gang zu privaten Gärten, keine Klimaanla-  
gen, und kaum Einfluss auf das Engagement  
des Vermieters für energetische Sanierungen.  
Die kommunale Klimapolitik braucht Orte, an  
denen Klimaanpassung, soziale Teilhabe und  
Lebensqualität zusammenkommen.

**2. Idee:** “kiezcool”, ein grün gestalteter, klima-  
resilienter und sozial nutzbarer Ort im Quar-  
tier – etwa ein umgestalteter Platz, Park-  
platz oder Innenhof. Diese “Oase” verbindet  
konkrete Maßnahmen zur Hitzevorsorge und  
Begrünung (Entsiegelung) mit sozialer Nut-  
zung, Energieberatung, Mitbestimmung und  
niedrigschwelliger Infrastruktur.

**3. Zielsetzung**

- Schutz vor Hitze und Extremwetter
- Erhöhung der Lebensqualität in belas-
- teten Quartieren
- Sichtbare Umsetzung sozial gerechter

42

43 **4. Bausteine der Kiezoase**44 **(A) Klimaanpassung & Ökologie**

- 45 • Entsigelung, Versickerungsflächen,
- 46 Regenwasserspeicher
- 47 • Baumpflanzungen, mobile Grünele-
- 48 mente, Schatteninseln
- 49 • Wasserinseln, Trinkbrunnen, Kühlräu-
- 50 me

51

52 **EU-Förderhinweis:** Diese baulichen Maßnah-

53 men zur Klimaanpassung und Schaffung grü-

54 ner Infrastruktur sind Kernanliegen des Eu-

55 ropäischen Fonds für regionale Entwicklung

56 (EFRE). Für innovative, naturbasierte Lösun-

57 gen kommt zudem das LIFE-Programm in Fra-

58 ge.

59

60 **B) Soziale Infrastruktur**

- 61 • Sitzmöglichkeiten, WLAN, offene Lern-
- 62 und Spielbereiche
- 63 • Beteiligungsformate: Mitgestaltung
- 64 durch Anwohner:innen, Schulen etc.
- 65 • Energieberatungsstelle vor Ort (z. B. als
- 66 „Klimabus“)

67

68 **EU-Förderhinweis:** Die physische Infrastruk-

69 tur (z.B. Bänke, Lernbereiche) kann durch

70 den EFRE gefördert werden. Die Organisation

71 von Beteiligungsformaten und Beratungsan-

72 geboten passt zum Europäischen Sozialfonds

73 Plus (ESF+), der auf soziale Teilhabe und Bil-

74 dung abzielt.

75

76 **C) Klimagerechtigkeit & Teilhabe**

- 77 • Balkonsolaranlagen für angrenzende
- 78 Haushalte mit geringem Einkommen
- 79 • “Klimajobs im Quartier”: gemeinwohl-
- 80 orientierte Beschäftigung für Anwoh-
- 81 ner:innen (Pflege, Beratung, Bildung)
- 82 • Erklärende Beschilderung (Sprachen,
- 83 Barrierefreiheit, Infotafeln)

84

85 **EU-Förderhinweis:** Die Schaffung von „Kli-

86 majobs“ ist ein klassisches Projekt für den

87 ESF+, der die soziale und berufliche Integra-

88 tion fördert. Die Unterstützung für Balkon-

89 solaranlagen könnte im Rahmen von EFRE-

90 Programmen zur Steigerung der Energieeffi-

Klimapolitik

- Beteiligung, Bildung und Erprobung
- neuer Arbeitsmodelle (Klimajobs)

**4. Bausteine von kiezcool****(A) Klimaanpassung & Ökologie**

- Entsigelung, Versickerungsflächen,
- Regenwasserspeicher
- Baumpflanzungen, mobile Grünele-
- mente, Schatteninseln
- Wasserinseln, Trinkbrunnen, Kühlräu-
- me

**EU-Förderhinweis:** Diese baulichen Maßnah-

men zur Klimaanpassung und Schaffung grü-

ner Infrastruktur sind Kernanliegen des Eu-

ropäischen Fonds für regionale Entwicklung

(EFRE). Für innovative, naturbasierte Lösun-

gen kommt zudem das LIFE-Programm in Fra-

ge.

**B) Soziale Infrastruktur**

- Sitzmöglichkeiten, WLAN, offene Lern-
- und Spielbereiche
- Beteiligungsformate: Mitgestaltung
- durch Anwohner:innen, Schulen etc.
- Energieberatungsstelle vor Ort (z. B. als
- „Klimabus“)

**EU-Förderhinweis:** Die physische Infrastruk-

tur (z.B. Bänke, Lernbereiche) kann durch

den EFRE gefördert werden. Die Organisation

von Beteiligungsformaten und Beratungsan-

geboten passt zum Europäischen Sozialfonds

Plus (ESF+), der auf soziale Teilhabe und Bil-

dung abzielt.

**C) Klimagerechtigkeit & Teilhabe**

- Balkonsolaranlagen für angrenzende
- Haushalte mit geringem Einkommen
- “Klimajobs im Quartier”: gemeinwohl-
- orientierte Beschäftigung für Anwoh-
- ner:innen (Pflege, Beratung, Bildung)
- Erklärende Beschilderung (Sprachen,
- Barrierefreiheit, Infotafeln)

**EU-Förderhinweis:** Die Schaffung von „Kli-

91 zienz und Nutzung erneuerbare Energien in  
92 städtischen Quartieren verankert werden.

93

#### 94 **5. Umsetzungsvorschlag**

- 95 • Durchführung eines Wettbewerbs un-  
96 ter Einbeziehung der landeseigenen  
97 Wohnungsbaugesellschaften, die sich  
98 mit Konzept, Finanzierungsplan und  
99 Standortvorschlag um die Umsetzung  
100 eines Modellprojekts bewerben.
- 101 • Bereitstellung von Fördermitteln durch  
102 den Bezirk Tempelhof-Schöneberg z.B.  
103 aus dem Förderprogramm des Bundes-  
104 umweltministeriums "Natürlicher Kli-  
105 maschutz in Kommunen" plus Kofina-  
106 zierung aus dem Bezirkshaushalt.
- 107 • Auswahl eines Pilotstandorts mit hoher  
108 Klimabelastung und sozialem Bedarf
- 109 • Kooperation mit lokalen Initiativen
- 110 • Beteiligungsverfahren mit Kindern, Ju-  
111 gendlichen, Anwohner:innen
- 112 • Monitoring und Evaluation.
- 113 • Die Kirchen kämen als potenzielle  
114 Koalitionspartner in Betracht. Hierbei  
115 könnten Kirchen als Hitzeschutz-  
116 räume geöffnet werden, wie zum  
117 Beispiel die Apostel-Paulus-Kirche.  
118 Hier hätten wir mit Sven Steinbach  
119 einen Ansprechpartner (steinbach@ts-  
120 evangelisch.de).

121

122 **EU-Förderhinweis:** Der Charakter als Modell-  
123 und Pilotprojekt macht die „Kiezoase“ beson-  
124 ders interessant, für die European Urban In-  
125 itiative oder das LIFE-Programm, die beide in-  
126 novative und und übertragbare Lösungsan-  
127 sätze für städtische Herausforderungen su-  
128 chen.

129

#### 130 **6. Wirkung**

- 131 • Sofort sichtbarer Nutzen für das Quar-  
132 tier
- 133 • Aufbau von Vertrauen in öffentliche Kli-  
134 mapolitik
- 135 • Reale Entlastung bei Hitze, Energie, Le-  
136 bensraum
- 137 • Modellcharakter für andere Stadtteile

138

#### 139 **7. Finanzierungsmöglichkeiten**

majobs“ ist ein klassisches Projekt für den ESF+, der die soziale und berufliche Integra- tion fördert. Die Unterstützung für Balkon- solaranlagen könnte im Rahmen von EFRE- Programmen zur Steigerung der Energieeffi- zienz und Nutzung erneuerbare Energien in städtischen Quartieren verankert werden.

#### 5. Umsetzungsvorschlag

- Durchführung eines Wettbewerbs un- ter Einbeziehung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, die sich mit Konzept, Finanzierungsplan und Standortvorschlag um die Umsetzung eines Modellprojekts bewerben.
- Bereitstellung von Fördermitteln durch den Bezirk Tempelhof-Schöneberg z.B. aus dem Förderprogramm des Bundes- umweltministeriums "Natürlicher Kli- maschutz in Kommunen" plus Kofina- zierung aus dem Bezirkshaushalt.
- Auswahl eines Pilotstandorts mit hoher Klimabelastung und sozialem Bedarf
- Kooperation mit lokalen Initiativen
- Beteiligungsverfahren mit Kindern, Ju- gendlichen, Anwohner:innen
- Monitoring und Evaluation.
- Die Kirchen kämen als potenzielle Koalitionspartner in Betracht. Hierbei könnten Kirchen als Hitzeschutz- räume geöffnet werden, wie zum Beispiel die Apostel-Paulus-Kirche. Hier hätten wir mit Sven Steinbach einen Ansprechpartner (steinbach@ts- evangelisch.de).

**EU-Förderhinweis:** Der Charakter als Modell- und Pilotprojekt macht das Projekt "kiezcool" besonders interessant, für die European Ur- ban Initiative oder das LIFE-Programm, die beide innovative und und übertragbare Lö- sungsansätze für städtische Herausforderun- gen suchen.

#### 6. Wirkung

- Sofort sichtbarer Nutzen für das Quar- tier
- Aufbau von Vertrauen in öffentliche Kli- mapolitik

140 Für die Realisierung des Modellprojekts „Kiez-  
141 oase“ wird eine strategische Kombination  
142 von Fördermitteln auf europäischer, Bundes-  
143 , Landes- und Bezirksebene angestrebt. Der  
144 integrierte Ansatz des Projekts, der ökologi-  
145 sche Klimaanpassung mit sozialer Teilhabe  
146 und Beschäftigungsförderung verbindet, er-  
147 möglicht den Zugang zu verschiedenen, sich  
148 ergänzenden Fördertöpfen.

149

150 Eine tragfähige Finanzierungsstrategie kann  
151 auf folgenden Säulen aufbauen:

152

### 153 **1. Europäischer Union:**

154

155 - Europäischer Fonds für regionale Entwick-  
156 lung (EFRE): Zur Finanzierung der baulichen  
157 und investiven Maßnahmen wie Entsiege-  
158 lung, Begrünung, Intallation von Wasserele-  
159 menten und sozialer Infrastruktur. Insbeson-  
160 dere über das Berliner Operationelle Pro-  
161 gramm (BENE).

162 - Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+): Zur Fi-  
163 nanzierung der sozialen und beschäftigungs-  
164 politischen Komponenten, insbesondere der  
165 „Klimajobs im Quartier“ sowie der Bildungs-  
166 , Beratungs- und Beteiligungsformate. - LIFE-  
167 Programm / European Urban Initiative (EUI):  
168 Als ergänzende Finanzierung, um den innova-  
169 tiven Modellcharakter des Projekts zu stärken  
170 und die Übertragbarkeit der Ergebnisse zu si-  
171 chern.

172

### 173 **2. Bundesebene:**

174 - Bundesprogramm „Anpassung urbaner  
175 Räume an den Klimawandel“: Ideales För-  
176 derinstrument für investive Maßnahmen zur  
177 Verbesserung der grünen Infrastruktur und  
178 Klimaresilienz.

179 - Bundesprogramm „Natürlicher Klimaschutz  
180 in Kommunen“: Zur Finanzierung von Maß-  
181 nahmen, die auf naturbasierten Lösungen  
182 zur CO<sub>2</sub>-Bindung und Stärkung der Biodiver-  
183 sität beruhen.

184 - Städtebauförderung (insb. „Sozialer Zusam-  
185 menhalt“): Zur Kofinanzierung von Maßnah-  
186 men in Gebieten mit besonderen städtebau-  
187 lichen und sozialem Entwicklungsbedarf.

188

- Reale Entlastung bei Hitze, Energie, Le-  
bensraum
- Modellcharakter für andere Stadtteile

### 7. Finanzierungsmöglichkeiten

Für die Realisierung des Modellprojekts „kiez-  
cool“ wird eine strategische Kombination  
von Fördermitteln auf europäischer, Bundes-  
, Landes- und Bezirksebene angestrebt. Der  
integrierte Ansatz des Projekts, der ökologi-  
sche Klimaanpassung mit sozialer Teilhabe  
und Beschäftigungsförderung verbindet, er-  
möglicht den Zugang zu verschiedenen, sich  
ergänzenden Fördertöpfen.

Eine tragfähige Finanzierungsstrategie kann  
auf folgenden Säulen aufbauen:

### 1. Europäischer Union:

- Europäischer Fonds für regionale Entwick-  
lung (EFRE): Zur Finanzierung der baulichen  
und investiven Maßnahmen wie Entsiege-  
lung, Begrünung, Intallation von Wasserele-  
menten und sozialer Infrastruktur. Insbeson-  
dere über das Berliner Operationelle Pro-  
gramm (BENE).

- Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+): Zur Fi-  
nanzierung der sozialen und beschäftigungs-  
politischen Komponenten, insbesondere der  
„Klimajobs im Quartier“ sowie der Bildungs-  
, Beratungs- und Beteiligungsformate. - LIFE-  
Programm / European Urban Initiative (EUI):  
Als ergänzende Finanzierung, um den innova-  
tiven Modellcharakter des Projekts zu stärken  
und die Übertragbarkeit der Ergebnisse zu si-  
chern.

### 2. Bundesebene:

- Bundesprogramm „Anpassung urbaner  
Räume an den Klimawandel“: Ideales För-  
derinstrument für investive Maßnahmen zur  
Verbesserung der grünen Infrastruktur und  
Klimaresilienz.

- Bundesprogramm „Natürlicher Klimaschutz  
in Kommunen“: Zur Finanzierung von Maß-  
nahmen, die auf naturbasierten Lösungen  
zur CO<sub>2</sub>-Bindung und Stärkung der Biodiver-

**189 3. Landesebene Berlin:**

190 - Berliner Programm für Nachhaltige Ent-  
191 wicklung (BENE): Als zentrales Förderinstru-  
192 ment des Landes Berlin für Maßnahmen zur  
193 Klimaanpassung und Entsiegelung, kofinan-  
194 ziert aus EFRE Mitteln.

195 - Mittel aus Quartiersmanagement-Fonds:  
196 Sofern der Pilotstandort in einem QM-Gebiet  
197 liegt, können Mittel für partizipative und so-  
198 ziale Projektbausteine beantragt werden.  
199

**200 4. Bezirksebene**

201 Bezirkshaushalt Tempelhof-Schöneberg: Zur  
202 Sicherstellung der Kofinanzierung, die für  
203 die Inanspruchnahme vieler Förderprogram-  
204 me erforderlich ist, sowie zur Deckung von  
205 Planungs- und Personalkosten.

206

207 Die Verwaltung wird gebeten, die Kombi-  
208 nationsmöglichkeiten dieser Programme  
209 zu prüfen und eine robuste Finanzierungs-  
210 Roadmap für das erste Pilotprojekt zu  
211 entwickeln.

212

213 **8. Fazit** Die Kiezoase ist mehr als ein grü-  
214 nes Projekt. Sie ist ein Ort, an dem Klimapo-  
215 litik sozial wird, konkret wird und Vertrauen  
216 schafft. Sie macht Klimagerechtigkeit sicht-  
217 bar – dort, wo sie gebraucht wird: mitten im  
218 Kiez.

219

220

221

222

223

224

225

226

sität beruhen.

- Städtebauförderung (insb. „Sozialer Zusam-  
menhalt“): Zur Kofinanzierung von Maßnah-  
men in Gebieten mit besonderen städtebau-  
lichen und sozialem Entwicklungsbedarf.

**3. Landesebene Berlin:**

- Berliner Programm für Nachhaltige Ent-  
wicklung (BENE): Als zentrales Förderinstru-  
ment des Landes Berlin für Maßnahmen zur  
Klimaanpassung und Entsiegelung, kofinan-  
ziert aus EFRE Mitteln.

- Mittel aus Quartiersmanagement-Fonds:  
Sofern der Pilotstandort in einem QM-Gebiet  
liegt, können Mittel für partizipative und so-  
ziale Projektbausteine beantragt werden.

**4. Bezirksebene**

Bezirkshaushalt Tempelhof-Schöneberg: Zur  
Sicherstellung der Kofinanzierung, die für  
die Inanspruchnahme vieler Förderprogram-  
me erforderlich ist, sowie zur Deckung von  
Planungs- und Personalkosten.

Die Verwaltung wird gebeten, die Kombi-  
nationsmöglichkeiten dieser Programme  
zu prüfen und eine robuste Finanzierungs-  
Roadmap für das erste Pilotprojekt zu  
entwickeln.

**8. Fazit** Das Projekt “kiezcool” ist mehr als ein  
grünes Projekt. Sie ist ein Ort, an dem Klima-  
politik sozial wird, konkret wird und Vertrau-  
en schafft. Es macht Klimagerechtigkeit sicht-  
bar – dort, wo sie gebraucht wird: mitten im  
Kiez.